

# Öffentliche Finanzen

## Gebietskörperschaften

---

### Entwicklung seit Jahresbeginn

Die Gebietskörperschaften (ohne die noch nicht vorliegenden Ergebnisse der Gemeinden) schlossen im ersten Quartal 1999 mit einem Defizit von rund 18 Mrd Euro oder rund 36 Mrd DM etwas ungünstiger ab als vor Jahresfrist. Die Einnahmen wuchsen um 2 ½ % und damit trotz eines ergiebigen Steueraufkommens recht schwach. Der Ausgabenanstieg, der noch nicht den neuen Tarifabschluß im öffentlichen Dienst reflektiert, belief sich auf 3 %.

*Grund-  
tendenzen*

Zu Beginn dieses Jahres hat sich das kräftige Wachstum der Steuererträge fortgesetzt, das seit dem Frühjahr 1998 zu beobachten ist. So war das Steueraufkommen<sup>1)</sup> im ersten Quartal um 5,4 % höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit, obwohl am Jahresbeginn einige steuerentlastende Maßnahmen in Kraft getreten sind. Die weiterhin günstige Entwicklung war zum einen auf die in den vergangenen Jahren deutlich verbesserte Ertragslage der Unternehmen zurückzuführen, die sich seit längerem in stark steigenden Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern niederschlägt. Zum anderen wirkte sich im Vorjahresvergleich noch die am 1. April 1998 in Kraft getretene Umsatzsteuererhöhung aus.

*Steuern  
insgesamt*

Dem letztgenannten Faktor ist es grobenteils zuzuschreiben, daß die Umsatzsteuer mit einem Anstieg um 10,2 % die wichtigste Stütze des Aufkommenswachstums bildete.

*Umsatzsteuer*

---

<sup>1</sup> Einschließlich der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die noch nicht bekannten Erträge aus den Gemeindesteuern.

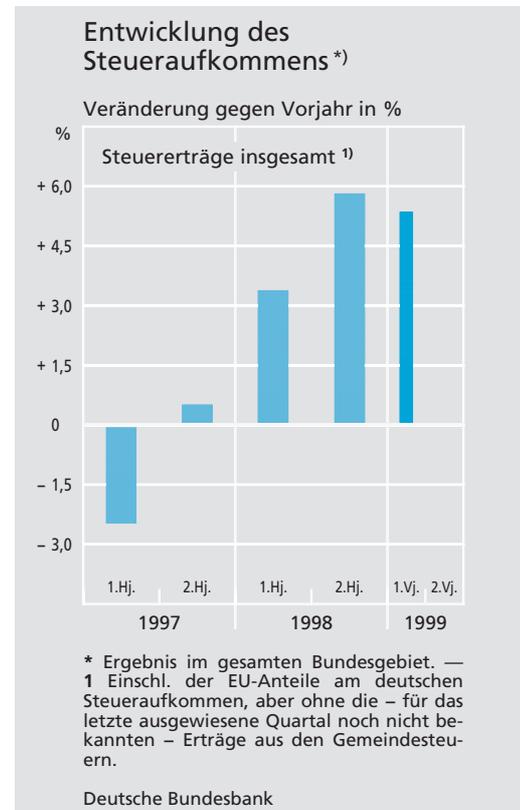
Hinzu kam im Vergleich zu 1998 eine relativ günstige Entwicklung der Bemessungsgrundlage. Unter anderem hat sich die milde Witterung zum Jahresbeginn in höheren (steuerbelasteten) Bauumsätzen niedergeschlagen.

*Lohnsteuer*

Unter den Einkommensteuern erreichten die Erträge aus der Lohnsteuer im ersten Quartal nur das Niveau der entsprechenden Vorjahrszeit, nachdem sie sich im Jahr 1998 noch um rund 4% erhöht hatten. Hier wirkten sich erstmals die zum Jahresbeginn in Kraft getretene Erhöhung des Kindergeldes sowie der veränderte Einkommensteuertarif mit einem höheren Grundfreibetrag und einem verringerten Eingangssatz aus. Außerdem wurden die Lohnsteuererträge durch das Kindergeld vorübergehend sogar in stärkerem Maße geschmälert, als dies der erfolgten Leistungsverbesserung für sich genommen entsprochen hätte.<sup>2)</sup>

*Veranlagte Einkommensteuer*

Bei der veranlagten Einkommensteuer blieben die Steuereingänge zwar noch etwas hinter den zu Lasten dieser Steuer verbuchten Auszahlungen zurück, womit sich das Ergebnis im Vorjahrsvergleich nur wenig verbessert hat. Doch war dies vor allem der starken Zunahme der hauptsächlich im März erfolgenden Auszahlung der – seit 1996 an die Stelle des früheren Sonderausgabenabzugs nach § 10e EStG<sup>3)</sup> tretenden – Eigenheimzulage zuzuschreiben. Nunmehr ist ein weiterer Jahrgang in diese Förderung (über einen Zeitraum von acht Jahren) hineingewachsen. Ohne diesen steuermindernden Faktor gerechnet hat sich das Ergebnis der veranlagten Einkommensteuer gegenüber dem Vorjahr erheblich verbessert.



Die Körperschaftsteuer hat im ersten Quartal um fast ein Viertel mehr als ein Jahr zuvor erbracht. Dieser bemerkenswert starke Aufkommenszuwachs war auf höhere Zahlungen für frühere gewinnstarke Jahre zurückzuführen. Dagegen haben die Steuervorauszahlungen der Unternehmen offenbar nur mäßig zugenommen. Hierin zeigen sich möglicherweise erste Spuren der ungünstigeren Exportkonjunktur.

*Körperschaftsteuer*

<sup>2</sup> Zwar sind für die Auszahlung des Kindergeldes seit dem Jahresbeginn – abgesehen vom öffentlichen Dienst – nur noch die Arbeitsämter zuständig. Doch schlugen im ersten Quartal auch noch umfangreiche Zahlungen seitens der Arbeitgeber (in Höhe von 3 3/4 Mrd DM) zu Buche, die zum Teil noch im Zusammenhang mit den Lohn- und Gehaltszahlungen für den Dezember standen.

<sup>3</sup> Der auslaufende Sonderausgabenabzug ist großenteils im Lohnsteuerabzugsverfahren berücksichtigt worden und hat insoweit nicht das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer, sondern der Lohnsteuer geschmälert.

### Aufkommensentwicklung wichtiger Einzelsteuern

Steuerart	Aufkommen in			Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	Mrd DM		Mrd Euro	
	1. Vierteljahr			
	1998	1999	1999	
Lohnsteuer	58,4	58,4	29,8	+ 0,0
Veranlagte Einkommensteuer	- 0,7	- 0,3	- 0,2	.
Körperschaftsteuer	8,9	11,0	5,6	+ 23,5
Umsatzsteuer	59,5	65,6	33,5	+ 10,2

Deutsche Bundesbank

Bund

Das Defizit des Bundes im ersten Quartal entsprach mit 13 ½ Mrd Euro beziehungsweise rund 26 ½ Mrd DM etwa dem Vorjahrsbetrag. Sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen wuchsen um gut 2 %. Alles in allem dürfte die bisherige Entwicklung weitgehend im Einklang mit dem Haushaltsplan stehen. Allerdings ist im Jahresverlauf nicht zuletzt wegen der unregelmäßigen Zuflüsse aus Beteiligungsveräußerungen mit erheblichen Schwankungen in den Zahlungsströmen zu rechnen. Auch die Ergebnisse des ersten Quartals sind davon beeinflusst.

Sondervermögen

In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres schlossen die Sondervermögen des Bundes mit einem Defizit von knapp 1 Mrd Euro (gut 1 ½ Mrd DM) ab, was annähernd dem Ergebnis vor Jahresfrist entsprach. Wäh-

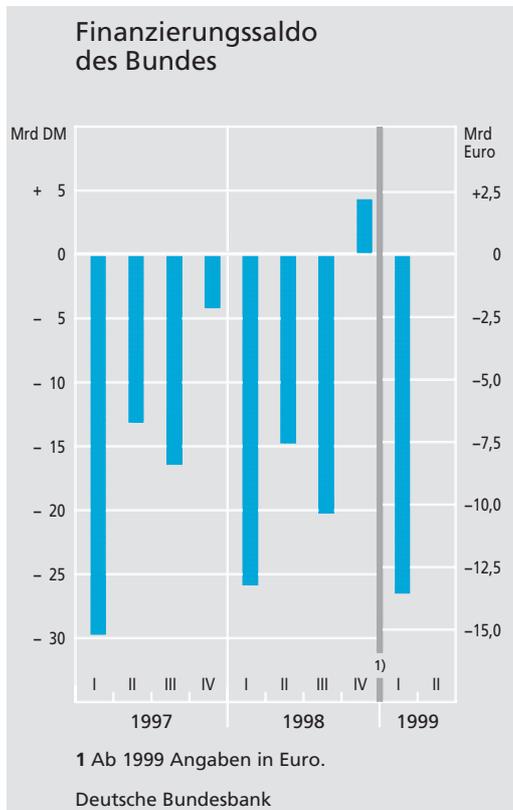
rend sich die Finanzlage des ERP-Sondervermögens und des Bundeseisenbahnvermögens günstiger darstellte, nahmen die Defizite des Erblastentilgungsfonds, des Fonds „Deutsche Einheit“ und des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ etwas zu.

Länder

In den Länderhaushalten betrug das Defizit im ersten Quartal knapp 4 Mrd Euro beziehungsweise rund 7 ½ Mrd DM, nach gut 5 Mrd DM ein Jahr zuvor. Zu diesem ungünstigeren Ergebnis trug bei, daß die Ausgaben mit knapp 3 % recht kräftig wuchsen. Die Personalausgaben blieben allerdings hinter ihrem Vorjahrsniveau zurück, wobei eine Rolle spielte, daß das Ergebnis im ersten Quartal 1999 noch nicht von dem für die Länderetats besonders bedeutsamen Tarifabschluß im öffentlichen Dienst beeinflusst wurde. Die Einnahmen stiegen nur um gut ½ %, obwohl das Steueraufkommen mit einem Plus von gut 5 % sehr ergiebig war.

Verschuldung

Die Verschuldung der Gebietskörperschaften (ohne die Gemeinden, für die noch keine Informationen vorliegen) wuchs im ersten Quartal um 12 ½ Mrd Euro. Die Nettokreditaufnahme erfolgte dabei zum überwiegenden Teil im kurzfristigen Bereich. So wurde der Geldmarkt mit gut 8 Mrd Euro in Anspruch genommen, während die Belastung des Kapitalmarkts mit (netto) gut 4 Mrd Euro relativ gering ausfiel. Von den einzelnen Haushaltsebenen erhöhte lediglich der Bund seine Verbindlichkeiten (um 16 ½ Mrd Euro), wobei vor allem die Geldmarkt- und die Anleiheverschuldung ausgeweitet wurden. Dagegen überwogen bei den Ländern und den Sondervermögen die Tilgungen, so daß



hier der Schuldenstand um knapp 1 Mrd Euro beziehungsweise 3 Mrd Euro zurückgeführt wurde.

### Ausblick auf das Gesamtjahr 1999

*Voraussichtlich  
ungünstigere  
Haushalts-  
entwicklung*

Insgesamt gesehen werden die Gebietskörperschaften im laufenden Jahr aller Voraussicht nach mit einem höheren Haushaltsdefizit abschließen als 1998 (57 Mrd DM). Zwar dürfte sich das Defizit im Bundeshaushalt etwas zurückbilden und das der Länder nicht über den Vorjahrsbetrag hinausgehen. Doch wird der Überschuß der Sondervermögen stark schrumpfen. Auch der Haushaltssaldo der Gemeinden wird sich nach dem überraschend günstigen Ergebnis im vergangenen Jahr wohl verschlechtern.

Die Einnahmen der Gebietskörperschaften dürften weniger stark wachsen als 1998 (gut 5 ½ %), was auf einen erheblichen Rückgang der nichtsteuerlichen Einnahmen zurückzuführen ist. Dabei fällt besonders ins Gewicht, daß die Gewinnausschüttung der Bundesbank für 1998 um 8 Mrd DM niedriger ausgefallen ist als im Vorjahr. Auch die Beteiligungsveräußerungen werden voraussichtlich nicht mehr ganz das außerordentlich hohe Vorjahrsniveau erreichen. Die Steuereinnahmen dürften dagegen weiter kräftig zunehmen.

*Gedämpfte  
Einnahmen-  
entwicklung*

Für das Steueraufkommen wird im laufenden Jahr nach der vor kurzem erstellten neuen offiziellen Prognose mit einem Zuwachs von 5,3 % gerechnet. Gegenüber der vergleichbaren Schätzung vom Herbst – das heißt vor allem bereinigt um die damals noch nicht berücksichtigte erste Stufe der Einkommensteuerreform und der „ökologischen Steuerreform“ – haben sich die Erwartungen für 1999 um knapp 3 ½ Mrd DM verbessert, nachdem freilich schon im vergangenen Jahr der frühere Prognosewert um fast 5 Mrd DM übertroffen worden war. Zwar wird nunmehr ein etwas niedrigeres Wirtschaftswachstum unterstellt.<sup>4)</sup> Doch wird dies durch einige strukturelle Faktoren überlagert. So ist aufgrund der höheren Tarifabschlüsse mit einem stärkeren Anstieg der Lohnsteuererträge als nach der früheren Prognose zu rechnen, während sich die möglichen nachteiligen Effekte auf die Wirtschaftsentwicklung größtenteils erst später aufkommensmin-

*Steuer-  
schätzung*

<sup>4</sup> Sowohl für das nominale als auch für das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts liegen die neuen Annahmen der Bundesregierung (mit rund 3 % bzw. 1 ½ %) um einen halben Prozentpunkt unter den Erwartungen vom Herbst.

dernd bemerkbar machen dürften. Auch die Erwartungen für die Umsatzsteuer werden durch das schwächere Wirtschaftswachstum kaum beeinträchtigt, da hiervon vor allem die steuerfreien Exporte und Unternehmensinvestitionen betroffen sind. Hinzu kommt, daß sich bei den Veranlagungssteuern die frühere Erosion der Bemessungsgrundlagen im Zusammenhang mit der Ostförderung weiter zurückbildet und auch die umfangreichen Sonderausschüttungen aus früheren Gewinnrücklagen („EK 50“) entfallen, die das Wachstum der Körperschaftsteuererträge 1998 geschmälert haben.

Vor allem aufgrund dieser strukturellen Faktoren sowie der erwarteten Mehreinnahmen in Höhe von 7 Mrd DM aus den in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen geht die prognostizierte Zunahme der Steuererträge erheblich über das nominale Wirtschaftswachstum hinaus. Die Volkswirtschaftliche Steuerquote wird sich danach um einen halben Prozentpunkt auf 22,7 % (in finanzstatistischer Abgrenzung) erhöhen, nachdem sie schon im vergangenen Jahr erstmals seit längerem wieder etwas gestiegen war.

*Beschleunigter  
Ausgaben-  
anstieg*

Der Ausgabenzuwachs der Gebietskörperschaften dürfte sich 1999 trotz des weiterhin niedrigen Zinsniveaus und der erreichten Preisniveaustabilität beschleunigen und über der Empfehlung des Finanzplanungsrats von 2 % liegen. Hier schlagen unter anderem der gegenüber den Vorjahren erheblich höhere Tarifabschluß im öffentlichen Dienst sowie steigende Zuweisungen des Bundes an die Rentenversicherung und die Pensionskassen der Postnachfolgeunternehmen zu Buche.

Der nunmehr vom Bundestag verabschiedete Bundeshaushalt für das laufende Jahr sieht ein Defizit von 53,6 Mrd DM (rd. 27½ Mrd Euro) vor, nachdem es sich 1998 auf 56,5 Mrd DM belaufen hatte. Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen wurde der frühere Ansatz<sup>5)</sup> um 2,7 Mrd DM zurückgenommen. Die Ausgaben wurden per saldo um 2,3 Mrd DM gesenkt. Dabei sind bereits Mehraufwendungen im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt in Höhe von 750 Mio DM berücksichtigt. Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, daß die Haushaltsansätze alles in allem eingehalten werden können.

*Bund*

Auf der Einnahmenseite ergibt sich nach der jüngsten Steuerschätzung für das laufende Jahr – auch aufgrund geringerer Abführungen an die EU – ein etwas günstigeres Bild als nach der Prognose vom November, die dem Budget zugrunde liegt. Die Steuereinnahmen des Bundes dürften demnach um rund 9 % zunehmen. Dabei ist der starke Anstieg zu einem guten Teil auf die Erhöhung der Energiebesteuerung (zum 1. April des laufenden Jahres) und der Mehrwertsteuer (zum 1. April des letzten Jahres) zurückzuführen. Beide Maßnahmen dienen der Anhebung der Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung. Die Einnahmenseite enthält mit den eingestellten umfangreichen Veräußerungen von Finanzvermögen (rd. 27 Mrd DM) ein stark ins Gewicht fallendes flexibles Element. Diese Einnahmen entfallen überwiegend auf den Verkauf von Bundesanteilen an der Telekom AG an die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Ein Teil dieser Erlöse könnte bei einer günstigen

*Leichte  
Verbesserung  
aufgrund  
neuer Steuer-  
schätzung*

---

<sup>5)</sup> Vgl. hierzu im einzelnen: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Februar 1999, S. 45 ff.

Haushaltsentwicklung in das kommende Jahr verschoben werden.

*Planansätze  
auf der  
Ausgabenseite  
ausreichend  
bemessen*

Auf der Ausgabenseite zeichnen sich derzeit zudem insgesamt gesehen keine größeren Haushaltsrisiken ab, es sei denn, daß die Belastungen durch den Kosovo-Konflikt im weiteren Jahresverlauf noch deutlich steigen sollten. Die arbeitsmarktbedingten Ausgaben dürften insgesamt gesehen großzügig angesetzt sein. Sie tragen einer deutlichen Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik Rechnung. Die Zinsausgaben stellen nach der Mitübernahme der Verschuldung des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens und des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ mit einem Anteil von annähernd 17 % am gesamten Ausgabenvolumen nach den Ausgaben für die soziale Sicherung den zweitgrößten Posten dar. Angesichts des anhaltend günstigen Zinsniveaus, das nicht nur die Finanzierung der Neuverschuldung, sondern insbesondere auch die Refinanzierung fällig werdender Schuldtitel zu niedrigen Kreditkosten ermöglicht, erscheint der Ansatz im Bundeshaushalt ausreichend.

*Finanzlage  
der Sonder-  
vermögen  
erheblich  
schlechter*

Die Finanzlage der Sondervermögen wird sich im laufenden Jahr beträchtlich verschlechtern. Die Überschüsse zusammengenommen, die 1998 noch annähernd 24 Mrd DM betragen hatten, dürften im laufenden Jahr um rund zwei Drittel zurückgehen. Ausschlaggebend hierfür ist zum einen die niedrigere Gewinnausschüttung der Bundesbank. Zum anderen hatte der Erblastentilgungsfonds im vergangenen Jahr noch Zuweisungen des Bundes zur Schuldentilgung in Höhe von rund 7 Mrd DM erhalten. Mit der Schulden-

mitübernahme durch den Bund im Jahr 1999 werden diese Zuschüsse entfallen.

Die Haushaltsplanungen der Länder sehen für das laufende Jahr ein Defizit von rund 29 Mrd DM (knapp 15 Mrd Euro) vor, das etwa dem vorläufigen Abschluß für 1998 entspricht. Auf der Ausgabenseite wird ein Zuwachs von 1,5 % gegenüber dem Ist 1998 veranschlagt. Angesichts der im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren hohen Belastung der personalintensiven Länderhaushalte durch die diesjährigen Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst und die Erhöhung des Umlagesatzes für die Zusatzversorgung der Arbeiter und Angestellten ist jedoch eher ein stärkerer Anstieg zu erwarten. Auf der Einnahmenseite dürfte sich allerdings die günstige Entwicklung der Steuererträge fortsetzen. Das mit 1,3 % recht niedrig angenommene Wachstum der Gesamteinnahmen könnte mithin übertroffen werden, auch wenn die Länder in ihren Haushaltsplanungen im Vorjahresvergleich geringere Erlöse aus Vermögensveräußerungen eingestellt haben. Alles in allem ist aus heutiger Sicht nicht mit größeren Abweichungen von den veranschlagten Defiziten zu rechnen.

*Länder*

Für die kommunale Ebene wird nach dem überraschend guten Vorjahrsabschluß, nämlich einem Überschuß von knapp 5 Mrd DM, im laufenden Jahr ein ungünstigeres Ergebnis erwartet. Nach einer Schätzung des Deutschen Städtetages wird sich sogar wieder ein Defizit ergeben. Dabei wird mit einem Anstieg der Ausgaben um rund 1½ % – nach einer leichten Abnahme im vergangenen Jahr – gerechnet. Die Sachinvestitionen sollen

*Gemeinden*

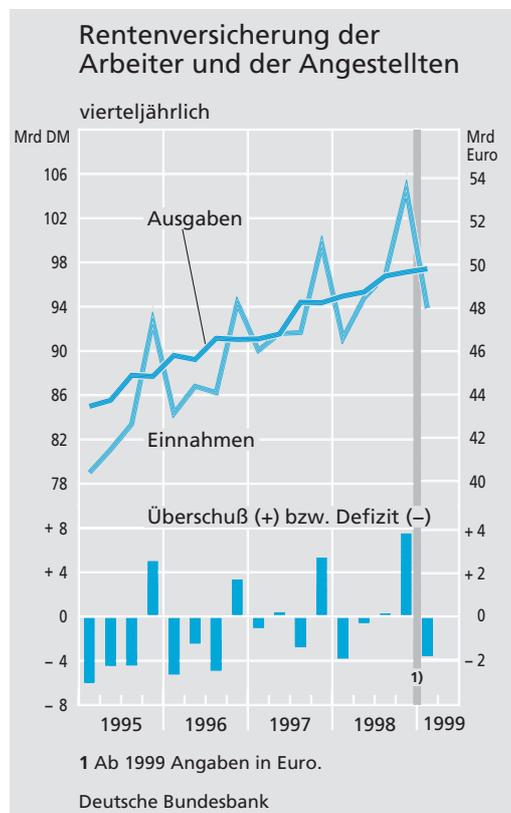
allerdings weiterhin etwas sinken. Auf der Einnahmenseite wird vor allem wegen rückläufiger Veräußerungserlöse und der hohen einmaligen Steuernachzahlungen im vergangenen Jahr ein Rückgang um rund 1 ½ % prognostiziert.

## Sozialversicherungen

### Gesetzliche Renten- versicherung

Das Defizit der gesetzlichen Rentenversicherung lag im ersten Quartal 1999 mit 1 ¾ Mrd Euro oder rund 3 ½ Mrd DM geringfügig unter dem Wert des entsprechenden Vorjahrszeitraums. Auf der Einnahmenseite wirkte sich der ab dem 1. April 1998 gezahlte und durch die gleichzeitige Mehrwertsteuererhöhung finanzierte zusätzliche Bundeszuschuß positiv aus. Dagegen waren die Beitragseinnahmen etwas niedriger als vor Jahresfrist. Leicht steigenden Pflichtbeiträgen standen rückläufige Beiträge für Lohnersatzleistungen infolge der im Vorjahresvergleich niedrigeren Arbeitslosigkeit gegenüber. Insgesamt nahmen die Einnahmen um 3 % zu. Die Ausgaben sind mit gut 2 ½ % etwas schwächer gestiegen. Die Rentenzahlungen wuchsen um fast 3 %, obwohl die Rentenanpassung zur Jahresmitte 1998 mit 0,44 % im Westen und 0,89 % im Osten vergleichsweise gering ausgefallen war. Jedoch hat die Zahl der Renten, vor allem im Westen, weiter zugenommen.

Im weiteren Jahresverlauf dürften einerseits die Rentenausgaben aufgrund der wieder stärkeren Rentenanpassung von 1,34 % in den alten und 2,79 % in den neuen Bundesländern zur Jahresmitte 1999 noch kräftiger



wachsen.<sup>6)</sup> Andererseits ist aufgrund der höheren Tarifabschlüsse mit einer günstigeren Entwicklung des Beitragsaufkommens zu rechnen. Die jüngsten gesetzlichen Neuregelungen lösen zwar beträchtliche Verschiebungen in den Finanzierungsströmen aus, ohne sich jedoch per saldo stärker im Gesamtergebnis niederzuschlagen. Insbesondere fallen hier die Senkung des Beitragsatzes von 20,3 % auf 19,5 % zum 1. April 1999 sowie die Gegenfinanzierung durch zusätzliche Überweisungen aus dem Bundeshaushalt ins Gewicht.

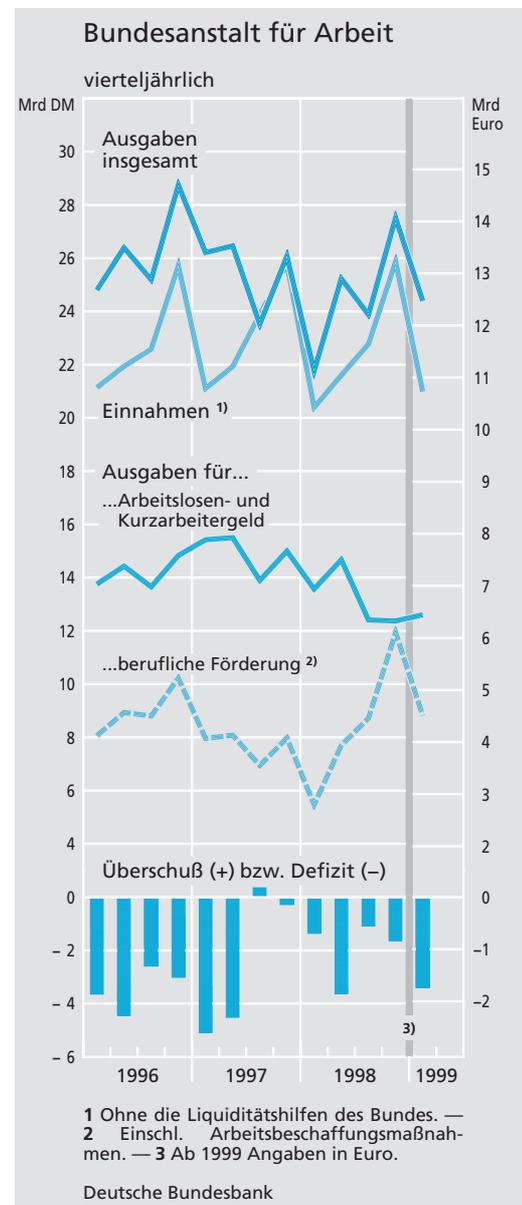
Aus heutiger Sicht kann mit einem höheren Überschuß als im Vorjahr (3 ½ Mrd DM) gerechnet werden. Er dürfte voraussichtlich

<sup>6</sup> Die Brutto-Eckrente in den neuen Bundesländern wird damit 87 % des Westniveaus erreichen.

aber erneut nicht ausreichen, um die Schwankungsreserve auf ihr gesetzlich vorgeschriebenes Soll von einer Monatsausgabe aufzufüllen, zumal nicht damit zu rechnen ist, daß die bei der Festsetzung des Beitragssatzes für 1999 noch einkalkulierte und bereits seit 1997 geplante Veräußerung des Wohnungsunternehmens der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte im laufenden Jahr realisiert wird.

Bundesanstalt  
für Arbeit

Das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit war im ersten Quartal 1999 mit 1 ¾ Mrd Euro oder rund 3 ½ Mrd DM um 2 Mrd DM höher als im entsprechenden Vorjahrszeitraum. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik um drei Fünftel über ihrem Vorjahrswert lagen. Dabei fiel das Sofortprogramm der Bundesregierung „100 000 Jobs für Jugendliche“ noch kaum ins Gewicht. Zwar nahmen Ende März bereits etwa 62 500 Jugendliche an einer derartigen Maßnahme teil. Doch ist von den insgesamt 2 Mrd DM, die für diesen Zweck vorgesehen sind, bislang erst ein kleiner Teil abgeflossen. Im Gegensatz zu den hohen Mehraufwendungen bei der Förderung der Beschäftigung gingen die Ausgaben für das Arbeitslosengeld um 7 % zurück. Während dies in den alten Bundesländern mit niedrigeren Arbeitslosenzahlen einherging, dürfte in den neuen Bundesländern auch die Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit und der damit verbundene Wechsel vom Arbeitslosengeld- zum Arbeitslosenhilfebezug stärker ins Gewicht gefallen sein. Der Rückgang der Ausgaben für das Arbeitslosengeld wird noch dadurch erheblich unterzeichnet, daß im Januar 1998 die Aufwendungen infolge



einer Umstellung im Zahlungsrhythmus besonders niedrig ausgefallen waren. Insgesamt erhöhten sich die Ausgaben der Bundesanstalt um 12 %. Dagegen wuchsen die Einnahmen nur um knapp 3 %.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich die im ersten Quartal verzeichnete Verschlechterung nicht in gleichem Maße fortsetzen. Abgesehen von der den Vorjahrsvergleich verzerrenden

den Umstellung des Auszahlungsrhythmus im Januar 1998 kann aufgrund der letzten Tarifrunde mit kräftiger wachsenden Beitragseinnahmen gerechnet werden. Auch dürften sich die hohen Zuwachsraten bei den Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik im Vorjahresvergleich nicht fortsetzen, weil die entsprechenden Aufwendungen im Jahresverlauf 1998 von einem relativ niedrigen Niveau aus kräftig ausgeweitet wurden. Der im Bundeshaushalt veranschlagte Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 11 Mrd DM dürfte deshalb ausreichend bemessen sein.

### Perspektiven der öffentlichen Haushalte insgesamt

*1999 höheres Defizit in finanzstatistischer Abgrenzung ...*

In der finanzstatistischen Abgrenzung, die die Einnahmen und Ausgaben gemäß der Verbuchung in den Haushalten erfaßt, ist für das Jahr 1999 eine Ausweitung des Gesamtdefizits, das 1998 knapp 53 Mrd DM betragen hatte, zu erwarten. Dies ist zum großen Teil auf die sinkenden Einnahmen aus Vermögensveräußerungen und den geringeren Bundesbankgewinn zurückzuführen. Außerdem dürfte sich der Ausgabenanstieg im Vergleich zum Vorjahr deutlich beschleunigen.

*... aber Defizitquote in Abgrenzung der VGR kaum verändert*

In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) entwickeln sich die öffentlichen Finanzen weniger ungünstig. Da die finanziellen Transaktionen, die lediglich eine Umschichtung im staatlichen Finanzvermögen darstellen, hier nicht defizitwirksam erfaßt werden,<sup>7)</sup> spiegelt sich der starke Rückgang der diesbezüglichen Einnahmen nicht im VGR-Saldo wider. Aus heutiger Sicht ist

davon auszugehen, daß sich die staatliche Defizitquote in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages kaum verändert, nachdem sie in den beiden vorangegangenen Jahren um jeweils 0,7 Prozentpunkte zurückgegangen war und sich 1998 auf 2,0 % belaufen hatte. Daß der Abbau der Defizite insgesamt ins Stocken gerät, ist weniger eine Folge der ungünstigeren gesamtwirtschaftlichen Wachstumsperspektiven. Wie erwähnt wird das Steueraufkommen der öffentlichen Haushalte insgesamt gesehen durch die Struktur der wirtschaftlichen Entwicklung kurzfristig eher gestützt. Belastend für die öffentlichen Haushalte wirkt sich dagegen das beschleunigte Ausgabenwachstum aus.

Im laufenden Jahr dürften demnach die Staats- und die Abgabenquote, die seit 1996 gesunken waren, auch angesichts der geringen Zunahme des nominalen Bruttoinlandsprodukts voraussichtlich wieder steigen. Darüber hinaus ist zu erwarten, daß die staatliche Schuldenquote wieder zunehmen wird. 1998 war sie erstmals etwas zurückgegangen, lag aber mit 61,1% in der Maastricht-Abgrenzung immer noch über dem vertraglichen Limit. Im vorhergehenden Verlauf der neunziger Jahre war sie vor allem unter dem Einfluß der vereinigungsbedingten Belastungen drastisch gestiegen.

In dem von der Bundesregierung im Januar vorgelegten Stabilitätsprogramm wird ein Abbau der Defizitquote auf 1% bis zum Jahr 2002 angestrebt. Die mittelfristigen Perspek-

*Steigende Staats- und Abgabenquote*

*Mittelfristige Perspektiven noch ungewiß*

<sup>7</sup> So haben hier Privatisierungserlöse, Darlehensvergaben und ein großer Teil des außerordentlichen Bundesbankgewinns keinen Einfluß auf den Finanzierungssaldo.

tiven der öffentlichen Finanzen haben sich allerdings gegenüber den bisherigen mittelfristigen Finanzplanungen erheblich verschlechtert. So hat die neue mittelfristige Steuer-schätzung bei einem Wirtschaftswachstum, das (mit nominal  $3\frac{3}{4}\%$  p. a.) von der Bundesregierung um einen halben Prozentpunkt niedriger als vor einem Jahr angesetzt worden ist, zu wachsenden Ausfällen im Vergleich zu der (um Steuerrechtsänderungen bereinigten) Schätzung vom Mai 1998 geführt. Auch hat das im laufenden Jahr in Kraft getretene Steuerentlastungsgesetz vor allem 2002 beträchtliche Steuerausfälle zur Folge, die in den bisherigen mittelfristigen Finanzplanungen noch nicht berücksichtigt sind. Überdies stehen weitere Entscheidungen in wesentlichen Bereichen des Steuerrechts und der Sozialversicherungen an. Nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts müssen Kosten der Kindererziehung und -betreuung wesentlich stärker als bisher steuerlich berücksichtigt werden. Ferner ist eine Reform der Unternehmensbesteuerung geplant, mit der vor allem die im internationalen Vergleich hohen Steuersätze reduziert werden sollen.

Schließlich sind sowohl in der gesetzlichen Rentenversicherung als auch in der gesetzlichen Krankenversicherung grundlegende Anpassungen erforderlich, um einen weiteren Anstieg der Beitragsätze zu vermeiden.

Die Ausgestaltung dieser finanzpolitischen Reformen ist von großer Bedeutung für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Es kommt dabei darauf an, für mehr Planungssicherheit sowohl für die Unternehmen als auch die Arbeitnehmer im Hinblick auf die staatlichen Rahmenbedingungen zu sorgen und die Produktionsbedingungen zu verbessern. Auch muß eine gleichmäßigere intergenerative Lastenverteilung angestrebt werden. Um die mit den Reformen verbundenen haushaltsmäßigen Belastungen verkraften zu können, ist eine mittelfristige Senkung der staatlichen Ausgabenquote entscheidend. Nur auf diesem Wege kann gleichzeitig die notwendige Verminderung der Abgabenbelastung und eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, die auch den künftigen demographischen Belastungen Rechnung tragen muß, erreicht werden.